



Gigantischer Auftrag. Die Welthandelsorganisation WTO versucht, wie hier in Hongkong im Jahr 2005, einen Ausgleich zwischen den Interessen der über 150 Mitgliedsländer zu finden. Foto Xinhua/Das Fotoarchiv

Die Schweiz ist nächste Woche beim WTO-Treffen gefordert

Wirtschaftsministerin Doris Leuthard ist Gastgeberin und Vermittlerin

CHRISTIAN MIHATSCH

Als offene Volkswirtschaft profitiert die Schweiz stark vom Welthandel. In der Welthandelsorganisation WTO engagiert sie sich daher für eine weitere Liberalisierung. Die nächste Verhandlungsrunde beginnt am Montag in Genf.

Die Schweiz ist auf der Weltrangliste die Nummer 95, wenn man die Bevölkerung zählt. Betrachtet man aber den Anteil der Schweiz am Welthandel, so ist sie nach Exporten die Nummer 20, nach Importen die Nummer 19. Das macht die Schweiz noch nicht zur handelspolitischen Supermacht, aber es reicht, um in der Welthandelsorganisation WTO eine wichtige Rolle zu spielen.

Und diese Rolle nimmt die Schweiz aktiv wahr. «Dass die WTO gut funktioniert, ist für kleine und mittlere Volkswirtschaften wie unsere von eminenter Bedeutung. Schliesslich können wir nicht mit den über 150 WTO-Mitgliedern bilaterale Freihandelsabkommen abschliessen», sagt Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Leiterin Welthandel beim Staatssekretariat für Wirtschaft Seco.

PRAGMATISCH. Zum Gewicht der Schweiz in der WTO trägt auch bei, dass sie wenn möglich versucht, eine Vermittlerrolle einzunehmen, wie Ineichen erklärt. «Wir Schweizer sind für unseren Pragmatismus bekannt. Darum werden wir auch immer wieder gebeten, Sitzungen zu leiten oder in den Panels des Streitbeilegungsverfahrens Einsitz zu nehmen.» (siehe Text unten rechts.) Und

auch bei den Sitzungen im Green Room, dem nach dem grünen Interieur benannten Büro von WTO-Chef Pascal Lamy, ist die Schweiz stets dabei. Dort wird unter den wichtigsten Ländern jeweils das weitere Vorgehen in den Verhandlungen für einen neuen Welthandelsvertrag, die sogenannte Doha-Runde (siehe «Wird endlich gut...»), besprochen. Die Schweiz setzt also ihr Engagement, das sie bereits in der vorherigen Verhandlungsrunde, der Uruguay-Runde, gezeigt hat, fort. In der achtjährigen Verhandlungsrunde (von 1986 bis 1994, siehe Chronologie am Fuss der Seite) wurde die WTO begründet. Wie die Vorgängerorganisation Gatt ist auch die WTO in Genf zu Hause.

KOALITION. Verantwortlich für die WTO-Verhandlungen sind aufseiten der Schweiz knapp ein Dutzend Diplomaten – acht in Bern und drei in Genf. Für technische Fragen werden zudem Spezialisten aus allen anderen Ressorts – vom Agrar bis zum Zöllner – zugezogen.

Bei den konkreten Verhandlungen geht es dann darum, Koalitionen zu bilden, wie Ineichen erklärt. Je nach Themengebiet sehen die Koalitionen unterschiedlich aus. «Bei den Herkunftsangaben etwa sind die Inder unsere besten Freunde. Was für uns der Greyerzer Käse ist, ist für die Inder der Basmati-Reis.» Beim Abbau von Handelshemmnissen auf Industriegüter hingegen gehört Indien zu den Bremsern, und die

Schweiz spannt in diesem Fall mit den anderen Industrieländern zusammen.

POSITION. Die Schweizer Position in den WTO-Verhandlungen ist schnell erklärt: Im Bereich Handel mit Industriegütern sowie (Finanz-)Dienstleistungen drängt Bern auf eine möglichst weitgehende Öffnung der Märkte. Ursprünglich hatte die Schweiz zusammen mit Neuseeland gar vorgeschlagen, die Zölle auf Industrieprodukte komplett zu streichen.

Im Agrarbereich hingegen gehört die Schweiz zu den Protektionisten. Um ihre Position in diesem Dossier besser vertreten zu können, hat sich die Schweiz mit anderen Nettoagrarimporteuren wie etwa Japan oder Korea zu einer Gruppe namens G-10 zusammengeschlossen.

ERFOLG. Wie bei politischen oder wirtschaftlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Schweiz geht es auch in der WTO darum, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Positionen zu finden. In den bislang sieben Verhandlungsrunden ist dies stets gelungen und der durchschnittliche Zollsatz hat sich in 60 Jahren von 40 auf 4 Prozent ermässigt (siehe Grafik).

Gewonnen haben dabei die Menschen, in den Industrie- und den Entwicklungsländern. Dank des Wachstums in Asien schliesst sich – global gesehen – die Schere zwischen Arm und Reich.

Wird endlich gut, was lange währt?

Plötzlich besteht wieder Hoffnung auf einen Erfolg in der Doha-Runde

CHRISTIAN MIHATSCH

Der Durchbruch in der Doha-Runde der WTO könnte sich schon nächste Woche abzeichnen. Wirkung zeigen würde er jedoch frühestens in sieben Jahren.

Die Bilder von den kollabierenden Zwillingstürmen in New York waren noch frisch in den Köpfen, als sich die Führer der Welt im November 2001 im Wüstenstaat Katar versammelten. In der Hauptstadt Doha wollten sie ein Zeichen der Hoffnung setzen – die Hoffnung, dass friedlicher Handel und nicht Terror das 21. Jahrhundert bestimmen würde.

Seither wird verhandelt, schon sieben lange Jahre. Mehrfach wurde die aktuelle Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO bereits sistiert, weil die Gegensätze unüberbrückbar schienen. Aber immer wieder hat die Aussicht auf einen Wachstumsschub, ausgelöst durch eine weitere Liberalisierung des Welthandels, die Länder zurück an den Verhandlungstisch gebracht. Und doch bestand die längste Zeit kaum Hoffnung auf eine Einigung.

DAVOS. Anfang dieses Jahres kam dann aber plötzlich Bewegung in die festgefahrenen Positionen. Wirtschaftsministerin Doris Leuthard hatte am Rande des World Economic Forums (WEF) in Davos zu einem informellen Treffen über den Stand der WTO-Verhandlungen geladen. «Wir machen das jedes Jahr. Aber diesmal konnte man wirklich spüren, dass die Minister Fortschritte wollten», erzählt Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, die Leiterin Welthandel im Staatssekretariat für Wirtschaft Seco.

Und plötzlich waren Fortschritte in den beiden wichtigsten Dossiers – Industriegüter und Agrargüter – möglich. «Warum nun Bewegung

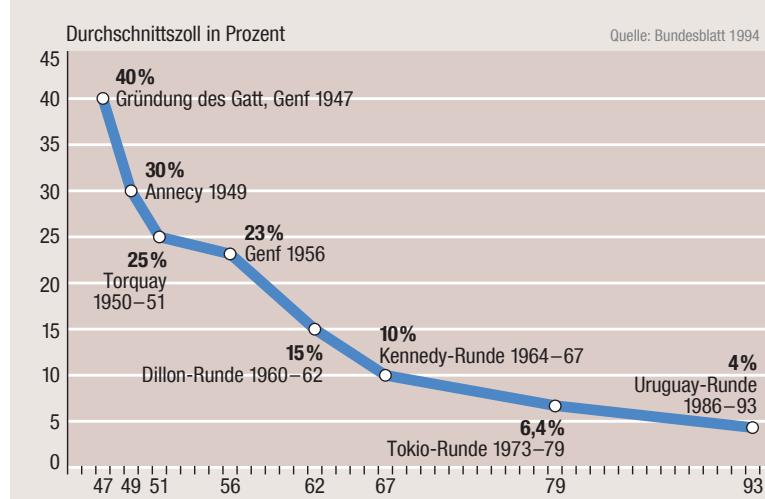
in die Verhandlungen gekommen ist, ist schwer zu sagen. Wir verhandeln jetzt seit bald sieben Jahren und müssen nun Fortschritte machen, die zu einem baldigen Abschluss führen», sagt Ineichen. Eine Möglichkeit, die Verhandlungen weitestgehend abzuschliessen, bietet sich in der kommenden Woche. Dann treffen sich die Handelsminister der 152 WTO-Mitgliedsländer in Genf.

GENF. Und was passiert, wenn sich die Minister diesmal tatsächlich einigen? «Dann müssen alle anderen Bereiche von den Dienstleistungen über die Herkunftsangaben bis zu den technischen Handelserleichterungen und Umweltfragen verhandelt werden», sagt Ineichen. Parallel erarbeiten die Länder detaillierte Listen, die aufzeigen, welche Konsequenzen die ministerliche Grundsatzvereinbarung auf die Zollsätze für einzelne Produkte haben. Und diese Listen müssen dann wieder von allen anderen Ländern geprüft werden. «Das gibt einen unglaublichen Marathon», sagt die Expertin. «Aber wenn alles gut läuft, können wir im Verlauf des nächsten Jahres die Doha-Runde abschliessen.»

BERN. Anschliessend haben die Länder ein Jahr Zeit, um das Abkommen zu ratifizieren. In den meisten Ländern reicht dazu ein Parlamentsbeschluss. In der Schweiz besteht zusätzlich die Möglichkeit eines Referendums. Falls es diesmal in Genf zu einer Einigung kommt, könnte das Abkommen also im März 2010 in Kraft treten.

Doch immer ändert sich noch immer nichts an den Zollsätzen. Die Übergangsfristen beginnen zu laufen. Wirkung entfaltet «Doha» so frühestens im Jahr 2015 – pünktlich zum 20. Geburtstag der WTO.

ZOLLBELASTUNG VON 1947 BIS 1993



Trend. Mit jeder Verhandlungsrunde sinken die Zölle. Grafik Johannes Winterberg

Das WTO-Streitbeilegungsverfahren

SCHIEDSGERICHT. Der WTO-Vertrag legt nicht nur fest, was ein Land darf und was nicht, sondern enthält auch Bestimmungen, wie im Streitfall zu verfahren ist. Hinsichtlich der Bedeutung des Streitbeilegungsverfahrens gibt sich die Welthandelsorganisation WTO unbescheiden: Es sei «ein einzigartiger Beitrag zur Stabilität der Weltwirtschaft», schreibt die Organisation. Damit hat sie wohl nicht ganz unrecht, denn ohne das Streitbeilegungsverfahren gälte das Recht des Stärkeren. Die Schweiz hat auch schon von der WTO-Gerichtsbarkeit

Gebrauch gemacht: Im Jahr 2002 hat sie, zusammen mit der EU, Japan und China, gegen die USA geklagt und gewonnen: Die US-Regierung musste die strittigen Stahlimportbestimmungen wieder zurücknehmen. In anderen Fällen konnte nach einer Klage eine gütliche Einigung gefunden werden, so im Fall von indischen Importbeschränkungen für Agrarprodukte und australischen Schutzzöllen im Papiersektor. Den umgekehrten Fall gab es allerdings noch nie: Bislang hat noch kein Handelspartner je gegen die Eidgenossenschaft geklagt. mic

